

Sicherheitspolitische Aspekte europäischer Weltraumpolitik

Markus Hesse

Europäische Sicherheitspolitik kann im 21. Jahrhundert breit aufgefasst werden und bezieht sich nicht mehr ausschließlich auf militärische Angelegenheiten. Sicherheitspolitische Herausforderungen wie zum Beispiel Kriege, Konflikte, aber auch Naturkatastrophen, Migration, Armut und Proliferation haben vielfältige, unter anderem politische, wirtschaftliche, soziale und ökologische Ursachen, weshalb ihnen nicht mit militärischen Mitteln alleine begegnet werden kann. Spätestens seit den 1990er Jahren erfordern Krisen- und Katastrophenmanagement im globalen Kontext ein Zusammenspiel von finanziellen, wirtschaftlichen, entwicklungspolitischen und militärischen Maßnahmen, um Ursachen von sicherheitspolitischen, sogenannten ‚neuen Bedrohungen‘ wirksam und nachhaltig entgegenzutreten. In jedem Fall scheint heutzutage eine internationale Koordination der betroffenen Politikbereiche sinnvoll, um eine derartig ressortübergreifend umfassende Sicherheitspolitik erfolgreich betreiben zu können.

Die Europäische Union (EU) wird in der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) von 2003 als globaler Akteur beschrieben, der auf der theoretischen Grundlage eines umfassenden Sicherheitsbegriffs vor allem mit ziviler Konfliktprävention eine neue multilaterale Weltordnung mitgestalten wolle. Die EU solle über eigenständige Handlungsfähigkeiten verfügen, um dieses Ziel zu erreichen und eine Hauptrolle bei der Klärung von Fragen der internationalen Ordnung spielen zu können. Dazu sind autonome europäische Fähigkeiten der Aufklärung, Navigation und Kommunikation sowie Instrumente zur Führung ziviler und militärischer Einsatzkräfte von herausragender Bedeutung für eine effektive Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Weltraumpolitik und -projekte rücken bei Erwerb und Ausbau dieser Fähigkeiten zunehmend in das Zentrum des Interesses.

Zurzeit verfügt die EU über keine konsolidierte ‚Weltraum- und Sicherheitspolitik‘, und angesichts der intergouvernementalen Struktur der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) sind die einzelstaatlichen Interessen und Ressourcen in diesem Zusammenhang von besonderer Relevanz. Wenn

die EU-Mitgliedstaaten die Union allerdings tatsächlich als globalen sicherheitspolitischen Akteur etablieren wollen, können eigene europäische weltraumgestützte Fähigkeiten dazu einen bedeutenden Beitrag leisten. Diese Fähigkeiten, die wiederum teilweise auf nationale Weltraumsysteme ausgerichtet oder mit diesen kompatibel sind, werden bereits in ersten Kooperationen mit der European Space Agency (ESA) geschaffen, koordiniert und vernetzt.

Zur Bedeutung von Weltraumpolitik

Der Weltraum ist aufgrund seiner physikalischen Eigenschaften ein besonderer Interaktionsraum der internationalen Beziehungen. Interaktionsräume sind dabei als Sphären zu verstehen, in denen Zivilisationen in ständigem Austausch miteinander stehen und in denen es trotz Spannungen immer wieder zu hybriden, neuen Konstellationen der internationalen Zusammenarbeit kommen kann. Auf solch einer Bühne des 21. Jahrhunderts wird sich Weltraumsicherheitspolitik vermeintlich abspielen, so wie die verstärkte Nutzung der Meere und des Luftraums zu Rückwirkungen auf die internationale Sicherheitspolitik im 19. und 20. Jahrhundert geführt hat. Die Europäische Kommission bringt diese Zusammenhänge auf den Punkt: „Space has a security dimension, security has a space dimension“ (Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Pressemitteilung zur Veröffentlichung des Report of the Panel of Experts on Space and Security (SPASEC), IP/05/351, 22.03.2005).

Weltraumsysteme geben weltraumpolitischen Akteuren nunmehr diverse, nicht nur sicherheitspolitische, Instrumente zur Bewältigung vieler Herausforderungen des 21. Jahrhunderts an die Hand. Diese Systeme sind die Grundlage für moderne Wettervorhersagen, Satellitenrundfunk und Navigationsdienste. Sie eröffnen neue Möglichkeiten in der Ausbildung über größte Distanzen, beispielsweise mittels Fernunterricht und in der Telemedizin. Sie sind für Schlüsselbereiche der Wirtschaft und der Gesellschaft sowie der modernen Staaten von entscheidender Bedeutung: Kommunikationssysteme, Stromversorgungs- und Finanznetze lassen sich beispielsweise nicht ohne Zeitbestimmung durch Satelliten synchronisieren. Von Welt-

raumpolitik und ihren Instrumenten können außerdem wichtige Impulse für die EU-Außenpolitik, gerade in den Bereichen humanitäre Hilfe und Entwicklungspolitik, ausgehen. Es erscheint wichtig, diese Instrumente effizient für die Umsetzung von Maßnahmen in zahlreichen betroffenen Politikbereichen – auch in der Sicherheitspolitik – zu nutzen.

Parallel zu den neuartigen technischen Möglichkeiten haben sich auch die sicherheitspolitischen Gefahren und Risiken spätestens in den Jahren nach Ende des Kalten Krieges verändert und eine andere Qualität erhalten, die vielfach als ‚neue Bedrohungen‘ bezeichnet werden. Neue Bedrohungen und Bedrohungslagen für Europa erfordern konsequenterweise den Einsatz neuer sicherheitspolitischer Instrumente im Rahmen der EU-Sicherheitspolitik. Einige dieser neuen Instrumente können teilweise oder vollständig weltraumbasiert sein. Der Weltraum ist somit von herausragendem strategischem Interesse, da er permanent verfügbare und zuverlässige Kommunikationskanäle auf extreme Distanz eröffnet sowie Navigation und Erdbeobachtung in exaktem Maßstab zulässt. Diese Eigenschaften sind besonders in einem Konfliktszenario, aber auch bei anderen sicherheitspolitischen Bedrohungen sowie Präventionsmaßnahmen, von großer Bedeutung.

Maßnahmen für eine kohärente europäische Weltraumpolitik

Der Weltraum ist also bereits ein sicherheitspolitischer Machtfaktor und ein Interaktionsraum, der zunehmend an Relevanz gewinnt. Diese Entwicklung und der potenzielle Stellenwert von Weltraumpolitik und -systemen haben auch Auswirkungen auf die europäische Sicherheitspolitik. Die gemeinsame Untersuchung der beiden Politikfelder Weltraum und Sicherheit auf europäischer Ebene sowie der entsprechenden Zusammenhänge, Schnittstellen, Überschneidungen und Wechselwirkungen wirft rechtlich-institutionelle und politische Fragen und Problemstellungen auf, mit denen sich ESA und EU, die beiden Hauptakteure der europäischen Weltraumpolitik, zukünftig auseinandersetzen müssen.

Zu diesen Problemen zählen in erster Linie die mangelnde Kohärenz und Abstimmung bei Weltraumprojekten, die häufig auf nationaler und noch zu selten auf europäischer Ebene umgesetzt werden. Zudem sind diese nationalen Weltraumsysteme nicht oder zumindest nicht in vollem Umfang für die EU nutzbar und werden ihr seitens der Mitgliedstaaten kaum zur Verfügung gestellt. Vor allem in den Bereichen der Satellitennavigation und der Weltraumauflösung sind EU und ESA sowie deren Mitgliedstaaten daher zu einem nicht unbedeutenden Maße von Daten der USA abhängig. Nicht zuletzt deshalb dominieren US-amerikanische Unternehmen die globale Weltraumindustrie, während europäische Firmen eher eine Nebenrolle spielen. All diese Probleme werden aufgrund der schwierigen Finanzlagen der europäischen Staaten bei gleichzeitig hohen Kosten für Weltraumanwendungen noch verschärft.

Die Zusammenarbeit zwischen ESA und EU birgt daher Optimierungspotenziale. Die EU, die ESA und ihre Mitgliedstaaten könnten ihre Aktivitäten im Weltraum effizienter organisieren und dafür ein integriertes europäisches Weltraumprogramm schaffen. Darin könnte erstmals eine klare Rollen- und Arbeitsteilung vorgenommen werden, idealerweise in Form einer Einbindung der ESA als Auftragnehmer und damit als eine Art externe ausführende Agentur der EU, um so eine bessere Abstimmung zwischen den beiden Organisationen zu gewährleisten. Dies wäre auch in Einklang mit dem im Vertrag von Lissabon neu aufgenommenen Artikel 189 AEUV gut möglich, nach dem die Union zweckdienliche Verbindungen zur ESA herstellt.

Ein verstärktes Engagement der EU sollte zu einer Neuausrichtung der EU-ESA-Beziehungen unter Berücksichtigung der jeweiligen Rollen als sicherheits- und weltraumpolitische Akteure führen. So wäre besonders in den Bereichen der weltraumgestützten Navigation, Erdbeobachtung und Kommunikation künftig nicht mehr separat in den einzelnen Mitgliedstaaten, sondern zweckdienlicher überwiegend auf europäischer Ebene zu arbeiten. Allein aus finanziellen Gründen ist die Vermeidung von unnötigen Doppelstrukturen auf nationaler Ebene sinnvoll. Derzeit ist eine grundlegende institutionelle Neuordnung der EU-ESA-Beziehungen jedoch noch nicht absehbar, obwohl die Neuaufgabe des EU-ESA-Rahmenabkommens von 2004 dringend geboten scheint, um die genannten Probleme zu lösen. Ein Beitritt der einen zur anderen Organisation – also die Umwandlung

der ESA in eine EU-Agentur oder der Beitritt der EU zur ESA – wurde zwar intensiv diskutiert, ist aber derzeit nicht geplant.

Dennoch sind andere institutionelle Neuerungen und Anpassungen nicht ausgeschlossen: So könnte der europäische Weltraumrat zu einem Gremium erhoben werden, das für ESA und EU verbindliche Entscheidungen im Bereich der Weltraumpolitik trifft. Ebenso könnte die Einrichtung einer Koordinierungsstelle für Weltraumpolitik beim Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und die Ernennung eines Sonderbeauftragten für europäische Weltraumpolitik einen wichtigen Beitrag für die von nahezu allen Seiten gewünschte stärkere Kohärenz liefern. Ebenso wie die Position des Hohen Vertreters der GASP ein Gesicht gegeben hat, kann die Position eines Sonderbeauftragten, die vom Weltraumrat befürwortet und damit gleichzeitig seitens der ESA Unterstützung bekommen könnte, als Mr. Space Policy das Profil und die Außendarstellung der europäischen Weltraumpolitik schärfen. Die Zuständigkeit für Weltraumpolitik könnte zudem explizit bei einem der 27 EU-Kommissare verankert und damit gebündelt werden. Des Weiteren könnte ein Rat der Raumfahrtminister als eine weitere Konstellation des Rats der EU eingerichtet werden, um die Zuständigkeiten auf Ministerebene, die derzeit bei verschiedenen Ratskonstellationen liegen, eindeutiger zuzuweisen.

Der nächste Schritt: Europäische Weltraumsicherheitspolitik

Wenn ESA und EU ihre sicherheitspolitische Zusammenarbeit organisieren und weiter verbessern, ist ein Fortschritt in der Entwicklung der europäischen Weltraumpolitik hin zu mehr Sicherheit in und für Europa zu erwarten. Die ursprünglich restriktive Auslegung der völkerrechtlich verpflichtenden friedlichen Nutzung des Weltraums durch die ESA führte zu einer Beschränkung der sicherheitsrelevanten europäischen Weltraumprojekte und verkomplizierte ihr Verhältnis zur EU. Jedoch erscheint ein verstärktes Engagement der ESA zu sicherheitspolitischen Zwecken angesichts der aktuellen und zukünftig zu erwartenden Entwicklung wahrscheinlich. Die Weltraumagentur wird die sicherheitspolitischen Instrumente jedoch – gemäß der ESA-Konvention – nicht selber anwenden, sondern dem Auftraggeber, also der EU, in vollem Umfang zur Verfügung stellen. Somit werden Nutzungen im Rahmen der GASP und der GSVP wahrscheinlicher. Für die Realisierung

dieses Aufbaus von europäischen Kapazitäten ist eine Entwicklung der ESA von einer rein zivilen Organisation mit ausschließlich zivilen Projekten hin zu einer Öffnung gegenüber sicherheitspolitischen und sogar strategisch-militärischen Projekten zu beobachten. Eine gemeinsame, zunächst vom Weltraumrat verabschiedete europäische Weltraum(sicherheits)strategie sollte als Grundlage für die weitere Ausgestaltung und Umsetzung dieser Politikbereiche dienen.

Die europäischen Weltraumprojekte Galileo (Satellitennavigation), Global Monitoring for Environment and Security (GMES, Erdbeobachtung) und Space Situational Awareness (SSA, Weltraumlagesystem), können potenziell eine zentrale Rolle bei künftigen europäischen Projekten zur sicherheitspolitischen Weltraumnutzung spielen. Diese Weltraumanwendungen können Schlüsselemente einer an neue Bedrohungen angepassten Europäischen Sicherheitsstrategie sein. Die bereits vorhandenen nationalen Infrastrukturen sollten dafür von der Union, beispielsweise von ihren Agenturen European Defence Agency (EDA) oder dem European Union Satellite Centre (EUSC), koordiniert werden. Bereits bestehende nationale weltraumbasierte Infrastrukturen mit sicherheitsrelevanten Fähigkeiten sollten alsbald identifiziert und anhand bestehender operativer Erfordernisse der GSVP abgeglichen werden. Die Union könnte zur Umsetzung von GSVP-Einsätzen auf zivile und militärische Weltraumsysteme ihrer Mitgliedstaaten zurückgreifen, um die existierenden Kapazitäten und Fähigkeiten zu bündeln. Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die Interoperabilität der Weltraumprogramme hergestellt und gesichert wird, was eine Koordinierung auf europäischer Ebene dringend erforderlich erscheinen lässt. Somit ließe sich zusätzlicher Bedarf feststellen, der mittels neuer Infrastrukturen abgedeckt werden könnte. Je nach Art der Weltrauminfrastruktur kann diese national oder europäisch, öffentlich oder kommerziell sein. So könnte eine wesentlich effizientere und kohärentere sowie eine anwendungsorientierte Weltraumpolitik entstehen.

Vor dem Hintergrund der erweiterten Petersberg-Aufgaben kann europäische Weltraumpolitik der vernetzten Sicherheit und Operationsführung im Rahmen der GSVP dienen. Europäische Weltraumsicherheitspolitik sollte daher in weiteren Aktionsplänen zur Umsetzung der ESS oder einer Neuaufgabe der Strategie berücksichtigt werden. Es erscheint dabei kaum

zweckmäßig, die Trennung von zivilen und militärischen Anwendungen grundsätzlich und konsequent aufrecht zu erhalten. Bei zahlreichen Weltraumanwendungen ergeben sich offensichtliche Anwendungsmöglichkeiten, die zivil-militärisch nutzbar, also Paradebeispiele für Dual-Use-Nutzungen sind. Dies gilt für Satellitennavigation ebenso wie für Erdbeobachtung und Weltraumaufklärung. Folgerichtig empfiehlt der Weltraumrat, den besonderen Bedarf der Sicherheitspolitik bei den aktuell entwickelten Weltraumprogrammen zu prüfen.

Ebenso sollten die ESA und die EU in der Lage sein, Weltraumsysteme und deren Satelliten sicher zu steuern und konsequent zu überwachen. Eine derartige Überwachung kann ein Weltraumlagesystem, eine SSA, leisten. Über ein solches Instrument verfügen momentan nur die USA in ausreichender Genauigkeit und Einsatzfähigkeit. EU und ESA kaufen zwar amerikanische Daten, doch würden eigene europäische Fähigkeiten zur Weltraumüberwachung zu mehr Unabhängigkeit in der Weltraumaußenpolitik führen. Eine Kooperation zwischen europäischen und amerikanischen Partnern kann nur dann auf Augenhöhe funktionieren, wenn Europa nicht von amerikanischen Datenlieferungen abhängig ist.

Europäische Weltraumsicherheitspolitik zielt auf eine vorwiegend friedliche und nicht offensiv militärische Nutzung des Weltalls durch alle Staaten ab. Eine gemeinsame Weltraumstrategie könnte demnach nicht nur auf europäischer, sondern auch auf internationaler Ebene ausgearbeitet werden, um eine friedliche Nutzung des Alls zu garantieren und ein Wettüben zu vermeiden. Ein proaktives Engagement des Europäischen Rates unter Führung seines Präsidenten und des Hohen Vertreters auf Ebene der Vereinten Nationen leistet diesem Anliegen Vorschub, beispielsweise durch Aushandlung eines multilateralen Abkommens zur Verhinderung eines Wettübens im Weltraum (Prevention of an Arms Race in Outer Space, PAROS) mit den Zielen: Verbot aller Waffen im Weltraum, vertrauensbildende Maßnahmen (Transparency and Confidence Building Measures, TCBM), Regelung des Weltraumverkehrs (Space Traffic Management, STM) und Vermeidung von Weltraumschrott. Eine denkbare Rolle für die EU ist die einer Friedensmacht und Hüterin des Weltraum- und Völkerrechts, indem sie kooperative Politikansätze gegenüber anderen internationalen Akteuren betont. Der Verhaltenskodex (Code of Conduct, CoC) zu Weltraumaktivitäten, wie er von den EU-Mitgliedstaaten konzipiert wurde und derzeit mit weiteren

Weltraumakteuren diskutiert wird, würde sich in das Wertesystem der EU als einer Friedensmacht und in den Rahmen der in der ESS genannten Ziele problemlos einfügen. Die derzeit geringere inhaltliche Distanz zu den USA unter der Obama-Administration bietet dabei eine verbesserte Situation, diesen CoC tatsächlich in den nächsten Jahren als Teil der europäischen Weltraumdiplomatie und einer europäischen Weltraumsicherheitsstrategie umzusetzen.

Internationale Kooperation ist im Bereich der Weltraumpolitik unvermeidlich. Der Aufbau eigener weltraumbasierter Fähigkeiten eröffnet den Akteuren ESA und EU neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit auf der Grundlage von space diplomacy mit anderen Weltraumnationen, vor allem den USA, Russland, China, Indien und Japan. Allein aus finanziellen, wirtschaftlichen und technologischen Gründen ist eine internationale Kooperation zweckmäßig. Im Rahmen von Weltraumdialogen nutzen ESA und EU die Chancen, die intensiven Kooperationen mit strategischen Partnern weiterzuführen. Dies kann allerdings umgekehrt auch eine Verschlechterung der Beziehungen zu diesen führenden Weltraumnationen bewirken. Dies zeigt sich exemplarisch an dem ungelösten Konflikt zwischen ESA/EU und China bei der Umsetzung ihrer Satellitennavigationssysteme. Aus diesem Grund sollte die Weiterentwicklung europäischer Weltraumpolitik von intensiven diplomatischen Bemühungen um mehr Kooperation begleitet werden. Daran anknüpfend ist die Entwicklungszusammenarbeit zwischen ESA/EU und der Afrikanischen Union zu nennen, die über die gemeinsame Nutzung von Erdbeobachtungsdaten hinaus fortgeführt und vertraglich festgehalten werden sollte. Dies kann ebenso im Rahmen und auf Grundlage einer neuen Strategie zur europäischen Weltraumsicherheitspolitik geschehen.

Weltraumsysteme als kritische Infrastrukturen

Kontinuierlicher technologischer Fortschritt hat direkten Einfluss auf Formen und Ausprägungen von Sicherheitspolitik und -forschung. Einerseits lässt innovative, moderne Technik neuartige Anwendungen für die Sicherheitspolitik zu, andererseits verstärkt sich die Abhängigkeit von modernem Gerät – gerade auch in der Weltraumtechnik –, und damit wachsen zugleich die Anforderungen an dessen Zuverlässigkeit. Erweiterte Möglichkeiten beim Einsatz neuer Technologien bergen auch bislang unbekannte

Gefahren des Missbrauchs oder von Störungen. Die technische Weiterentwicklung bedarf daher einer begleitenden Sicherheitsforschung, die sich mit politischen, rechtlichen, aber auch ethischen sowie moralischen Fragen und Problemstellungen auseinandersetzt.

Die Einordnung von Sicherheitstechnologien ist somit grundsätzlich ambivalent. Zum einen kann durch Technologien – also auch mithilfe von Weltraumsystemen – eine erhöhte Sicherheit erreicht werden, zum anderen bergen eben diese Technologien Gefahren, die zu verstärkter Unsicherheit führen können. Die seit Jahren wachsende Abhängigkeit von orbitalen Diensten, ein Trend, der sich voraussichtlich auch in den kommenden Jahren fortsetzen wird, bringt einige Probleme und Ambivalenzen mit sich, die beim Aufbau und der Umsetzung europäischer Weltraumpolitik berücksichtigt werden müssen. Weltraumsysteme sind als kritische Infrastrukturen (KRITIS) und damit als potenzielle Unsicherheitsfaktoren zu sehen. Sie können nicht nur die Sicherheit, sondern auch die Verwundbarkeit erhöhen. Somit sind sicherheitsrelevante weltraumgestützte Infrastrukturen einerseits potenzielle Instrumente, andererseits ebenso zu schützende Objekte der europäischen Sicherheitspolitik. Jede Störung und jeder Ausfall von Weltraumsystemen und kritischer Raumfahrtinfrastruktur kann schließlich größere sicherheitspolitische und wirtschaftliche Folgen haben. Es gilt die Grundregel: Zum Schutz kritischer Infrastrukturen bedarf es unkritischer Schutzstrukturen. Grundsätzlich sollten die Schutzmaßnahmen für kritische Infrastrukturen dabei dem Gefährdungspotenzial entsprechen. Redundanzen sind zu bilden und eine vollständige Abhängigkeit von Weltraumprogrammen gilt es möglichst zu vermeiden.

Je größer die Abhängigkeit von Weltraumsystemen wird, desto stärker werden diese zu schützen sein. Dies kann zur weiteren Zunahme der Entwicklung und Installation militärischer Weltraumsysteme führen. Militärische Nutzungen und militärische Doktrinen, so wie sie sich derzeit darstellen, lassen Waffen im Weltraum wahrscheinlicher werden. Die sicherheitspolitisch relevanten Fähigkeiten und Anwendungen verschiedener Weltraumsysteme werden voraussichtlich stärker in die GASP sowie die GSVP der EU eingeplant. Synergien zwischen ziviler und militärischer Nutzung von Weltraumtechnologien werden bereits verstärkt genutzt; auf diesen Trend verweisen zahlreiche EU- und ESA-Dokumente. Dual use erfährt seitens der

EU-Organe und -Institutionen Kommission, Rat, Parlament, Verteidigungsagentur und Satellitenzentrum sowie dem ESA-Rat und dem Weltraumrat maßgebliche Unterstützung. Eine fortschreitende securitization der Weltraumpolitik ist dabei nicht auszuschließen, könnte aber mit klaren Aussagen in einer europäischen Weltraumsicherheitsstrategie zumindest seitens der EU und der ESA sowie deren Mitgliedstaaten begrenzt werden.

Die Abhängigkeit von orbitalen Diensten hat in den vergangenen Jahren auch in Europa zugenommen und wird in den nächsten Jahren voraussichtlich weiter zunehmen. Unter diesen Umständen bleibt der Schutz kritischer Weltrauminfrastrukturen ein zu bearbeitender Untersuchungsgegenstand mit den zentralen Fragen: Welche Bedrohungen, Gefahren und Risiken bestehen für weltraumgestützte Anwendungen? Welche Schutzmaßnahmen – speziell für die Weltraumkomponenten – sind realisierbar? Weltraumanwendungen werden im Verlauf des 21. Jahrhunderts wahrscheinlich zu einem unverzichtbaren Mittel zur globalen Absicherung unserer Lebensgrundlagen. Von entsprechend großer Bedeutung ist die weitere wissenschaftliche und politische Auseinandersetzung in diesem Themenfeld.

Mehr Fragen als Antworten

Weltraum und Sicherheit wird bei politischen Akteuren auf EU-Ebene zunehmend als ein zusammenhängendes Thema von hoher Relevanz eingestuft. Über diese generelle Einsicht hinaus bleibt jedoch eine ganze Reihe an Fragen zu Konkretisierungen, Umsetzungen und Problemfeldern offen. Wesentliche und zukünftig drängende sicherheitspolitische Fragen beziehen sich auf die transatlantischen Beziehungen, die institutionelle Ausgestaltung der europäischen Weltraumpolitik, den Schutz kritischer Weltrauminfrastrukturen und die friedliche Nutzung des Weltraums.

Vor dem Hintergrund der transatlantischen Beziehungen ist abzuwarten, ob sich das Themenfeld Weltraum zu einem strategischen Bindeglied zwischen EU und USA oder EU und NATO entwickeln kann. Wie können sich europäische und US-amerikanische Weltraumfähigkeiten ergänzen, wie können Interoperabilität und vernetzte Operationsführung bei zivilen und/oder militärischen Einsatzkräften sichergestellt werden? Inwieweit hat die weitere Entwicklung des europäischen Weltraum- und

Raumfahrtengagements Auswirkungen auf die transatlantischen Beziehungen – auch unter Berücksichtigung der Space-control-Doktrin der USA? Weiterhin ist unklar, welche zukünftigen internationalen Kooperationschancen es geben wird, vor allem mit den USA, aber auch mit Russland, China, Indien und Japan.

Neben den Außenbeziehungen der EU zu Drittstaaten sind immer noch Fragen zu klären, welche die Weltraumpolitik innerhalb Europas, die beiden Hauptakteure ESA und EU und damit die institutionelle Ausgestaltung der europäischen Weltraumpolitik betreffen: Wie kann sich eine europäische Weltraumpolitik in geteilter Kompetenz zwischen Union und Mitgliedstaaten sowie deren Verhältnisse zur ESA weiterentwickeln?

Ebenso ist die konkrete Einbindung der Raumfahrt als einerseits potenzielles Schlüsselement, andererseits kritische Infrastruktur zur Unterstützung von GASP und GSVP offen: Welche Erfordernisse bringt die GSVP für europäische Weltraumsysteme mit sich und wie können kritische Weltrauminfrastrukturen effektiv geschützt werden? Welche Strategien kann die EU in der Weltraum- und Sicherheitspolitik angesichts der aktuellen Herausforderungen verfolgen und anwenden? Welche Prioritäten könnten bei einem Ressourcenausbau gesetzt werden, um sicherheitspolitische Fähigkeiten der EU zur Krisenbewältigung zu verbessern? Kann eine strukturierte Zusammenarbeit in GSVP-Fragen zu einer vergemeinschafteten sicherheitspolitischen Weltraumnutzung und -politik führen? Und nicht zuletzt: Was sind die Kernelemente einer europäischen Weltraumsicherheitsstrategie, wie kann sie ein- und umgesetzt werden?

Die Untersuchung der Möglichkeiten einer friedlichen Nutzung des Weltraums als einem zukünftig stärker beanspruchten Interaktionsraum der internationalen Beziehungen bedarf besonderer Aufmerksamkeit. Wie können die Stationierung von Weltraumwaffen, ein Wettrüsten im All und eine weitere, von EU-Akteuren überwiegend ungewollte securitization verhindert werden? Wie kann eine effektive Rüstungskontrolle im Weltraum durchgesetzt werden? Welche Handlungsoptionen ergeben sich im Rahmen der europäischen Weltraum- und Sicherheitspolitik?

Wenn die EU als globaler sicherheitspolitischer Akteur auftreten und aktiver, kohärenter, handlungsfähiger werden will, sollte sie somit konsequenterweise über weltraumgestützte

Fähigkeiten verfügen – die sie derzeit aber noch nicht besitzt. Wenn die EU – in Kooperation mit der ESA – den Weltraum umfassend nutzen kann, könnte sie in einer besseren Position sein, um die Sicherheit ihrer Mitgliedstaaten und ihrer Bürger nachhaltig zu fördern. Vor allem die jeweils begrenzten technologischen und ökonomischen Ressourcen von EU- und ESA-Mitgliedstaaten lassen eine weitere politische und wirtschaftliche Kooperation in jedem Fall äußerst sinnvoll erscheinen. Jedoch zeigt sich, dass die Mitgliedstaaten der EU und der ESA in der Weltraum- und Sicherheitspolitik keine einheitlichen Ziele verfolgen, obwohl bereits diverse Formen der Kooperation sowohl in der Weltraumpolitik als auch in der Sicherheitspolitik existieren. Manche Erweiterungen von Kooperationsmöglichkeiten der betroffenen europäischen Staaten werden durch Unterschiede des politischen Stellenwerts der Raumfahrt, jeweilige industriepolitische Grundsätze und Interessen sowie verschiedene außen- und sicherheitspolitische Strategien eingeschränkt. Der prozessuale Charakter der Weltraum- und Sicherheitspolitik sowie deren gegenseitige Wechselwirkungen lassen endgültige Antworten auf die genannten Fragestellungen heute unmöglich erscheinen. Es handelt sich hier vielmehr um Zusammenhänge und Entwicklungen, die kontinuierlich hinterfragt und analysiert werden müssen.

Dr. Markus Hesse, Projektleiter im Büro des Rektors an der Technischen Universität Chemnitz.

Dieser Beitrag basiert auf der Dissertation „Europäische Weltraumpolitik. Sicherheitspolitische Aspekte“, Duncker & Humblot, 2012.

© Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik, 2012

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck oder vergleichbare Verwendungen von Arbeiten des Austria Instituts für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES) sind auch in Auszügen nur mit vorheriger Genehmigung gestattet. Die im AIES-Fokus veröffentlichten Beiträge geben ausschließlich die Meinung der jeweiligen Autorinnen und Autoren wieder.

Schlossgasse 6
A-2344 Maria Enzersdorf
Tel. +43 (0)2236 411 96
Fax. +43 (0)2236 411 96-9
E-Mail: office@aies.at
www.aies.at

Layout: AGENCY Medienbüro Patrick Meyer